

Mögliche Modelle zur Kompensation von Einkommensrückgängen in der Landwirtschaft

Josef Hambrusch und Christoph Tribl¹

Abstract - In einigen Ländern werden Einkommensrückgänge von landwirtschaftlichen Betrieben von staatlicher Seite teilweise kompensiert. Im Zuge der Debatte um die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) rücken auch in Europa derartige Einkommenssicherungsmodelle in den Vordergrund. Auf Basis des kanadische „AgriStability“ Programms und eines „WTO Green-Box“ kompatible Modells wurde - basierend auf den Buchführungsdaten landwirtschaftlicher Betriebe - ermittelt, wie hoch der Anteil der zu kompensierenden Betriebe in Österreich im Zeitraum 2006 bis 2009 gewesen wäre und welche finanziellen Mittel bereit gestellt werden müssten.

EINLEITUNG

In der Landwirtschaft hat sich der Gebrauch von Versicherungen in verschiedenster Ausgestaltung etabliert. Gemein ist den meisten Versicherungsprodukten, dass dabei die Absicherung von Ertragsrisiken im Mittelpunkt steht und das Preisrisiko dem Landwirt erhalten bleibt (Berg, 2001). Mittlerweile werden in einigen Ländern (z.B. in Kanada) auch Versicherungsprodukte angeboten, die neben dem Ertrags- auch das Preisrisiko in Form von Einkommensabsicherungen berücksichtigen (vgl. Agriculture and Agri-Food Canada, 2009).

Auch in Europa hat sich durch die Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik in den vergangenen Jahren sowie durch die zunehmende Liberalisierung der Märkte das Preisrisiko tendenziell erhöht (Schaffnit-Chatterjee, 2010). Zudem werden im Klimawandel sowie in einem zunehmenden Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zusätzliche Potentiale für eine Erhöhung des Ertrags- und Preisrisikos gesehen. Dementsprechend wird die Möglichkeit, Landwirte bei Einkommensrückgängen staatlich zu kompensieren, auch in Europa verstärkt diskutiert.

Basierend auf Buchführungsdaten gibt die Europäische Kommission (2009) für Österreich einen Anteil von 21% der Betriebe an, die im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2006 einen Rückgang der Nettowertschöpfung um mehr als 30% aufweisen. Bezogen auf das Jahr 2006 und die EU-25 bedeutet dies, dass etwa 11 Mrd. Euro an Kompensationszahlungen zu leisten gewesen wären, wobei der Anteil für Österreich unter 1% dieses Betrages liegt. Die höchsten Anteile finden sich in Spanien bzw. Italien mit jeweils mehr als 20 Prozent.

Vor diesem Hintergrund verfolgt der vorliegende Beitrag zunächst das Ziel, einen Überblick über die Zahl der von Einkommensrückgängen betroffenen Betriebe zu liefern. Darauf aufbauend werden anhand zweier Einkommenssicherungsmodelle die zur Einkommenskompensation notwendigen finanziellen Mittel für die österreichische Landwirtschaft abgeschätzt.

DATEN UND METHODE

Den Berechnungen liegen folgende zwei Einkommenssicherungsmodelle zugrunde: Das kanadische „AgriStability Program“ und das „WTO-Green-Box“ kompatible Modell einer Einkommenssicherung (siehe Abbildung 1).

	Staatliche Kompensation	
	kanadisches Modell	WTO-Modell
Positives Einkommen im betrachteten Jahr		
Einkommensrückgang 0-15%	Keine Kompensation	Keine Kompensation
Einkommensrückgang 15-30%	70% der Differenz zwischen dem tatsächlichen Rückgang und einem 15%igen Rückgang	Keine Kompensation
Einkommensrückgang >30%	70% der Differenz zwischen einem 15 und 30%igen Rückgang und 80% der Differenz zwischen dem tatsächlichen Rückgang und einem 30%igen Rückgang	69% des tatsächlichen Einkommensrückgangs
Negatives Einkommen im betrachteten Jahr		
	Wie oben, zusätzlich Kompensation von 60% des negativen Einkommens (vorausgesetzt, das Einkommen war in zwei der fünf vorhergehenden Jahre positiv)	Wie bei positivem Einkommen

Abbildung 1. Zwei Modelle zur Kompensation von Einkommensrückgängen.

Als Datenbasis für die Berechnungen dient das Testbetriebsnetz der freiwillig buchführenden Betriebe, das aufgrund der Betriebsgewichtung eine Hochrechnung für Gesamtösterreich ermöglicht. Das Einkommen eines landwirtschaftlichen Betriebes wird als Bruttowertschöpfung definiert und errechnet sich aus den Ertragspositionen (Erträge aus Bodennutzung, Tierhaltung, Forstwirtschaft, sonstige Erträge) zuzüglich der öffentlichen Gelder und abzüglich bestimmter Aufwandspositionen (Sachaufwand, sonstiger Aufwand, Vorsteuer).

Als Referenzeinkommen dient jeweils ein gleitender Drei-Jahresdurchschnitt. Für die Berechnung wurde ein Panel-Datensatz für den Zeitraum 2003

¹ Josef Hambrusch und Christoph Tribl sind an der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft in Wien tätig (josef.hambrusch@awi.bmlfuw.gv.at, christoph.tribl@awi.bmlfuw.gv.at).

bis 2009 (d.h. sieben Jahre) erstellt, wobei alle Betriebe berücksichtigt wurden, die in diesem Zeitraum in der Datenbasis vorhanden waren, unabhängig davon, ob jeder Betrieb auch in jedem Jahr vorkommt oder nicht (unbalanced panel). Insgesamt standen Daten von 3.188 Betrieben zur Verfügung.

ERGEBNISSE

Die Betriebe verfügten im Zeitraum 2006 bis 2009 über ein hochgerechnetes durchschnittliches Einkommen von 39.931 Euro; etwa 1,3% aller Betriebe wiesen ein negatives Einkommen aus.

Abbildung 2 stellt die kumulative Verteilung der jährlichen Einkommensänderungen gegenüber dem gleitenden 3-Jahres-Durchschnitt als Referenzeinkommen dar. Der Anteil von Betrieben mit einer negativen Einkommensänderung gegenüber dem Referenzeinkommen zeigt sich unterhalb der horizontalen Null-Linie. Beim Jahresvergleich wird der Anstieg von Betrieben mit einem Einkommensrückgang im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 deutlich. Zudem stellen die beiden horizontalen strichlierten Linien die Schwellen für die Erstattung der Einkommensrückgänge nach dem kanadischen und dem WTO-Modell dar (15% und 30%). Dementsprechend hätten 2009 rund 47% der Betriebe nach dem kanadischen Modell einen Anspruch auf Entschädigung gehabt; beim WTO-Modell wären es hingegen knapp 30% der Betriebe gewesen.

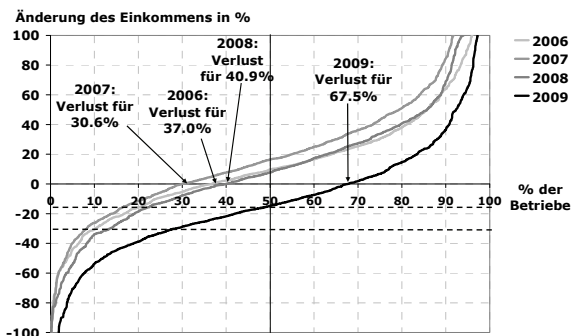


Abbildung 2. Kumulative Verteilung der Einkommensänderungen landwirtschaftlicher Betriebe in Österreich für die Jahre 2006 bis 2009 (Referenz: 3-Jahres Durchschnitt).

Unter der Annahme, dass das kanadische Modell bzw. das WTO-Modell in Österreich etabliert gewesen wäre, fasst Tabelle 1 das Ergebnis der Hochrechnung der durchschnittlichen staatlichen Kompensationen für den Zeitraum 2006 bis 2009 zusammen.

Im Falle des kanadischen Modells sind im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009 staatliche Kompensationen in der Höhe von 141,3 Mio. Euro pro Jahr zu leisten. Der Großteil dieser Summe (76,1%) geht dabei an Betriebe mit Rückgängen von über 30%. Insgesamt haben bei diesem Modell etwa 28% aller Betriebe einen Anspruch auf eine Einkommenskompensation. Im Falle des WTO-Modells sind die staatlichen Kompensationen hingegen mit 156,6 Mio. Euro um 11,4% höher. Der Anteil der kompensierten Betriebe liegt jedoch nur bei 15,9%. Einen außergewöhnlich hohen Einfluss auf das Durchschnittsergebnis hat der deutliche Anstieg der Einkommensrückgänge im Jahr 2009. So sind beim WTO-Modell für

den Zeitraum 2006 bis 2008 durchschnittliche Kompensationszahlungen von jeweils 95,9 Mio. Euro pro Jahr zu leisten, im Jahr 2009 hingegen 338,7 Mio. Euro.

Tabelle 1. Staatliche Kompensationen – Kanadisches Modell und WTO-Modell (Referenzzeitraum: 3-Jahres-Durchschnitt)

	Durchschnitt 2006-2009		
	% der Betriebe	in Mio. Euro	in %
Kanadisches Modell			
15-30% Rückgang	12,4	24,7	17,5
>30% Rückgang	14,7	107,5	76,1
Rückgang bei neg. Eink.	0,9	9,1	6,4
Summe	28,0	141,3	100
WTO-Modell			
>30% Rückg. (pos. Eink.)	14,7	145,7	92,0
>30% Rückg. (neg. Eink.)	1,1	10,9	8,0
Summe	15,9	156,6	100

ZUSAMMENFASSUNG

Die auf Basis von Buchführungsdaten ermittelten Einkommensrückgänge betrafen im Mittel der Jahre 2006 bis 2009 rund 44% der Betriebe, wobei 2009 sogar gut zwei Drittel der Betriebe betroffen waren. Je nach betrachtetem Einkommensausgleichmodell (Kanadisches oder WTO-Modell) wären jährlich durchschnittlich etwa 141 Mio. Euro bzw. 157 Mio. Euro an Kompensationszahlungen aufzubringen.

Offene Fragen betreffen vor allem die Finanzierung dieser Maßnahmen als auch deren Prüfung auf „WTO-Green-Box-Konformität“, weil einzelne Unterstützungsmaßnahmen entsprechend ihres Einflusses auf den Wettbewerb künftig einem stärkeren Abbau unterliegen werden. Für Österreich stellt sich bei den beschriebenen Einkommenssicherungsmodellen zudem die Herausforderung der Bewertung der Einkommensrückgänge auf einer einzelbetrieblichen Ebene, da der Großteil der Betriebe steuerlich pauschaliert ist und für diese Betriebe somit keine einzelbetrieblichen Einkommensdaten vorliegen. Eine mögliche Lösung wäre ein indexbasiertes staatliches Einkommenssicherungsmodell, bei dem anhand von Daten der Buchführungsbetriebe regionale und/oder strukturelle Indizes gebildet werden und Betriebe entsprechend dieser Indizes eine Zahlung erhalten.

LITERATUR

- Agriculture and Agri-Food Canada (2009). AgriStability Program Handbook. <http://www4.agr.gc.ca> (29.04.2011).
- Berg, E. (2001). Analyse des Systems der Ernte und Einkommensversicherungen in den USA. Abschlussbericht. Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität.
- Europäische Kommission (2009). Income variability and potential cost of income insurance for EU. Brüssel, 4. Mai, 2009, <http://ec.europa.eu/agriculture> (29.04.2009).
- Schaffnit-Chatterjee, C. (2010). Risk management in agriculture - Towards market solutions in the EU. Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research.